

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5832

"DigitalPakt Schule mit auskömmlichen Mitteln hinterlegen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5832 vom 18.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5858 vom 19.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Ute Eiling-Hüting, Kerstin Schreyer, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Wolfgang Fackler, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU)

DigitalPakt Schule mit auskömmlichen Mitteln hinterlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Für den weiteren Ausbau der schulischen digitalen Bildungsinfrastruktur will der Bund nach dem aktuellen Verhandlungsstand im DigitalPakt 2.0 über einen Zeitraum von sechs Jahren 2 Mrd. Euro an Bundeshilfen zur Verfügung stellen.
- Auf den Freistaat entfallen davon jährlich rund 50 Mio. Euro.
- Diese Finanzhilfen sind im geplanten Umfang bei Weitem nicht auskömmlich.
- Allein im Haushaltsjahr 2025 stellt der Freistaat aus Landesmitteln ein Vielfaches dieser Summe zur Unterstützung der Kommunen und freien Schulträger bereit.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich im Bund für eine Erhöhung der ange- dachten Finanzhilfen im Rahmen des DigitalPakts 2.0 einzusetzen, um den über den bisherigen DigitalPakt Schule einmalig erbrachten Innovationsimpuls zu verstetigen. Eine entsprechende Erhöhung stellt eine unverzichtbare Voraussetzung für einen ge- lingenden Ausbau im Bereich der schulischen Basis-Digitalinfrastruktur dar.

Begründung:

Nachdem die Bildungsministerkonferenz der gemeinsamen Erklärung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für einen DigitalPakt 2.0 am 13. Dezember 2024 zugestimmt hat, haben Bund und Länder ihre Arbeiten zur konkreten Ausgestaltung eines DigitalPakts 2.0 vorangetrieben. Der DigitalPakt 2.0 soll so einfach und bürokratiarm wie möglich ausgestaltet werden.

Bezieht man die Kosten für die Basisinfrastruktur, d. h. die Errichtung der schulischen Netzwerke inkl. WLAN sowie die Einrichtung digitaler Klassenzimmer mit einem auf Ba-

sis der Erfahrungen aus dem DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 sowie von Berechnungen aus den durch das Staatsministerium veröffentlichten „Empfehlungen zur IT-Ausstattung von Schulen (Votum)“ geschätzten Bedarf in Höhe von jährlich rund 150 Mio. Euro mit ein, ergibt sich für die schulische digitale Bildungsinfrastruktur ein jährlich anfallender Gesamtbedarf in Höhe von rund 400 Mio. Euro allein im Freistaat, der momentan weitestgehend durch Land und Kommunen sowie die freien Schulträger gedeckt wird. Diese Mittel fließen u. a. in die technische Administration, Wartung und Pflege, mobile Endgeräte und digitale Medien.

Durch die Haushaltssituation im Land und vor allem auch bei den Kommunen kann nicht davon ausgegangen werden, dass die notwendigen Mittel auch in den kommenden Jahren in dieser Höhe zur Verfügung gestellt werden können, sodass ein schrittweiser, aber schmerzlicher Rückbau der digitalen Bildungsinfrastrukturen an den Schulen droht. Diesen gilt es zu verhindern, da eine funktionierende digitale Bildungsinfrastruktur zur Stärkung der in einer zunehmend digitalisierten Welt unabdingbaren Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler unerlässlich ist.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Ute Eiling-Hütig, Kerstin Schreyer, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Wolfgang Fackler, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU)

Drs. 19/5832

DigitalPakt Schule mit auskömmlichen Mitteln hinterlegen!

Der Landtag stellt fest:

- Für den weiteren Ausbau der schulischen digitalen Bildungsinfrastruktur will der Bund nach dem aktuellen Verhandlungsstand im DigitalPakt 2.0 über einen Zeitraum von sechs Jahren 2 Mrd. Euro an Bundeshilfen zur Verfügung stellen.
- Auf den Freistaat entfallen davon jährlich rund 50 Mio. Euro.
- Diese Finanzhilfen sind im geplanten Umfang bei Weitem nicht auskömmlich.
- Allein im Haushaltsjahr 2025 stellt der Freistaat aus Landesmitteln ein Vielfaches dieser Summe zur Unterstützung der Kommunen und freien Schulträger bereit.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich im Bund für eine Erhöhung der ange- dachten Finanzhilfen im Rahmen des DigitalPakts 2.0 einzusetzen, um den über den bisherigen DigitalPakt Schule einmalig erbrachten Innovationsimpuls zu verstetigen. Eine entsprechende Erhöhung stellt eine unverzichtbare Voraussetzung für einen ge- lingenden Ausbau im Bereich der schulischen Basis-Digitalinfrastruktur dar.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Ramona Storm

Abg. Benjamin Adjei

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Dr. Ute Eiling-Hüting

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

DigitalPakt Schule mit auskömmlichen Mitteln hinterlegen! (Drs. 19/5832)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. – Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um nichts anderes als die digitale Bildung. Wir sind uns darin einig, dass in der digitalen Bildung – besonders im schulischen Bereich – der Schlüssel zum Erfolg liegt. Wir müssen uns umstellen, wenn wir wettbewerbsfähig sein wollen. Wir müssen unsere Jugendlichen, unsere Kinder und unsere bayerischen Schüler bestmöglich ausstatten und bestmöglich fördern. Deswegen der Antrag zur digitalen Bildungsinfrastruktur und zum DigitalPakt 2.0.

Digitale Bildung wird jetzt einfach viel Geld kosten; das muss man auf den Tisch legen. Aber jeder hier investierte Cent ist ein gut investierter Cent, weil er direkt in unsere Zukunft einzahlit. Die Zukunft sind gut vorbereitete Kinder, die von guten Pädagogen an die Hand genommen und mit einer guten Hardware unterstützt werden, um im Leben und im beruflichen Alltag später bestehen zu können. Es gibt dabei vier zentrale Komponenten, die die digitale Bildung bezüglich der Infrastruktur ausmachen:

Das ist erstens die Basis der Digitalinfrastruktur: Das sind unsere Schulnetzwerke, unser WLAN und die digitalen Klassenzimmer. Diese Basis ist momentan an vielen Schulen jetzt schon gut ausgebaut, könnte aber noch besser werden. Da sind wir in einem Prozess. Die zweite Säule sind die mobilen Endgeräte. Hier hat man bei-

spielsweise Leihgeräte für Schüler und Lehrkräfte; sie sind unverzichtbares Werkzeug, um die digitale Bildung auch wirklich zu transportieren. Die dritte Säule sind digitale Bildungsmedien. Diese Bildungsmedien sind beispielsweise KI-gestützte Apps und Feedback-Diagnose-Tools zur Individualisierung. Die vierte Säule ist die technische Administration und Wartung der Infrastruktur zur Sicherstellung von Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit.

Nun ist es so, dass sich der Bund an den Kosten beteiligt hat; der Bund wird jetzt über sechs Jahre 2 Milliarden Euro bereitstellen. Das klingt jetzt erst einmal viel, ist aber auf Bayern heruntergebrochen gar nicht so üppig; denn für Bayern werden im Jahr durchschnittlich 50 Millionen Euro Förderung vom Bund bezahlt. Diese Finanzhilfen reichen jedoch überhaupt nicht aus. Wenn man einmal die vier Säulen betrachtet, dann stellt man fest: Es fallen für die technische Administration und Wartung jährlich um die 80 Millionen Euro an Kosten an. Für mobile Endgeräte fallen jährliche Kosten in Höhe von 77,5 Millionen Euro an. Digitale Medien werden jährlich mit 14,5 Millionen Euro im Haushalt zu Buche schlagen. Die Basisinfrastruktur – das sind alle Netzwerke und digitalen Klassenzimmer – hat mit 150 Millionen Euro Kosten den höchsten Anteil.

Wenn man jetzt einmal alles zusammenrechnet, dann kommt man auf jährliche Gesamtkosten von 400 Millionen Euro nur für Bayern. Zieht man die 50 Millionen Euro des Bundes ab, bleiben immer noch 350 Millionen Euro, die jetzt im Staatshaushalt für Bayern übrig bleiben und die Bayern auch wirklich investiert.

Ohne Frage müssen wir hier weitermachen. Wir können diesen Weg nicht einfach beenden und sagen, jetzt machen wir nicht mehr mit und bieten keine digitale Bildung mehr an, sondern wir müssen ein tragfähiges System haben, auch in Zeiten klammer Kassen im Staatshaushalt. Wir müssen hier für unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler Geld in die Hand nehmen. Das wäre jetzt auch die Forderung: Bayern muss im Bund fordern, dass die Millionen bereitgestellt werden, die für eine ausreichende digitale Bildungsinfrastruktur notwendig sind, und um den Digitalpakt 2.0 dementsprechend aufzustocken.

Diese Forderung ist nicht grundlos. Diese Forderung ist die Basis für unsere Wirtschaft, ist die Basis für die Medienkompetenz, die unsere Schüler benötigen, und sie ist letztendlich auch die Basis für unseren Wohlstand, den wir in Zukunft damit generieren werden, weil unsere Schüler gut ausgebildet werden. – Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. Der Antrag ist begründet, der Antrag ist belegt. Ganz nüchtern betrachtet ist es einfach zu wenig Geld für die Anforderungen, die wir in Zukunft haben. Wir sind uns alle einig: Bayern soll in Sachen Bildung und in Sachen Digitalisierung weiterhin spitze bleiben. Dafür werben wir mit unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ramona Storm für die AfD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ramona Storm (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zustimmung im Bundestag zum Goldesel und "Tischlein deck dich" in Form von Sondervermögen ist erst wenige Stunden alt, und da werden auch schon Begehrlichkeiten bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU geweckt. Fantastilliarden wie in Dagobert Ducks Geldspeicher scheinen derzeit die Lösung für alle Probleme im Land zu sein. Ein paar Milliarden hier, ein paar Milliarden dort – warum auch nicht noch ein paar Milliarden vom Bund für die Schulen fordern?

Aber anstatt aber die Rahmenbedingungen zu verbessern, mehr Lehrkräfte einzustellen, Respekt und Leistung einzufordern oder den Klassenteiler zu verringern, sollen Bundeszuschüsse für die weitere Digitalisierung der Schulen verwendet werden. Die Digitalisierung der Schulen in Deutschland ist nun schon etwas länger im Gange, und Milliarden sind längst schon in die Kassen der Soft- und Hardware-Lieferanten gewandert. Doch hat das die bayerischen Schüler wirklich nach vorne gebracht? –

Wenn man die einschlägigen Leistungsvergleiche der letzten Jahre anschaut, wohl eher nicht.

In Schweden ist man uns im Hinblick auf Bildungsthemen mal wieder weit voraus. In vielen schwedischen Klassenzimmern beginnt nämlich langsam die Kehrtwende – zumindest in der Primarstufe. Dort wird jetzt wieder in echten Seiten geblättert. Erst vor wenigen Jahren noch empfahl die Schulbehörde dort in einer nationalen Richtlinie, digitale Lehrmittel wie Laptops oder Apps einzusetzen. Das habe auch Nachteile mit sich gebracht, sagt jetzt aber die Grundschullehrerin Jeanette Wiberg aus Schweden. Sie sagt: Die Lesegeschwindigkeit, der Wortschatz und das Leseverständnis sind insgesamt bei den Schülern zurückgegangen. Wir glauben, es liegt daran, dass wir zu viel digital gemacht haben. – Schwedens Schulministerin Edholm will zudem insbesondere verhindern, dass kleine Kinder zu früh an einem Bildschirm hängen. Ministerin Edholm sagt: Auch viele Eltern wollen, dass wir die Bücher zurückholen; denn mit einem Buch können sie leichter nachvollziehen, was ihr Kind bis zum nächsten Test lernen muss, anstatt irgendein Papier in die Hand gedrückt zu bekommen oder im besten Fall sogar nur einen Link.

Zumindest an den Grundschulen kann der Weg nicht mehr Computer und nicht noch mehr Geld sein. Der konkrete Weg dorthin ist aber ganz einfach. Wie Pestalozzi einst sagte: Lerne mit Kopf, Herz und Hand. – Wir sind natürlich nicht gegen die Digitalisierung, aber für Digitalisierung mit Augenmaß. Wir werden uns bei dem Antrag enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Benjamin Adjei. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der DigitalPakt 2.0 kommt. Das verdanken wir vor allem auch unserem grünen Bildungsmi-

nister Cem Özdemir. Nach zwei Jahren zäher Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hat er es in Rekordzeit geschafft, die Eckpunkte für den DigitalPakt 2.0 zu einem. Nach dem Amtsantritt im November letzten Jahres ist bereits im Dezember letzten Jahres die Einigung erzielt worden. Cem Özdemir hat etwas vorangebracht, was zwei Jahre lang nicht vorangegangen ist. Das ist wichtig und richtig und ein großartiges Zeichen für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte und natürlich für alle Schulträger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der DigitalPakt 2.0 ist genau darauf ausgerichtet, den Aufbau der digitalen Infrastruktur in den Schulen voranzutreiben, die Schul- und Unterrichtsentwicklung für digitales Lernen zu fördern und die Qualität von digitaler Lehrkräfteausbildung zu gewährleisten. In letzter Zeit haben immer wieder Studien, zuletzt die ICILS-Studie, klar gezeigt, wie notwendig genau diese Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung an den Schulen sind und wie viel Aufholbedarf wir in Deutschland und auch in Bayern haben.

Der DigitalPakt ist nicht nur ein zentraler Baustein bei der Förderung von Zukunftskompetenzen und digitaler Teilhabe; er ist ebenso eine Investition in unsere Zukunft, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und auch unseren Wirtschaftsstandort zu stärken und zu sichern.

Mitte Dezember hat die bayerische Kultusministerin noch eine gemeinsame Erklärung mit den anderen Ländern zum DigitalPakt 2.0 abgegeben. Damals gab es nicht wenig Kritik von allen möglichen Ebenen: Das wäre eigentlich zu viel Geld, das vom Bund bereitgestellt werde, für ein Thema, das eigentlich in Landeskompetenz liegt. Das Ergebnis ist, dass sich der Bund und die Länder die Kosten teilen. Ich glaube, das ist gut und richtig. Natürlich wollen wir, dass der Bund Gelder zur Verfügung stellt, um die Digitalisierung in der Schule voranzutreiben.

Eines – das darf man nie vergessen – ist doch ganz wichtig: Bildung ist am Ende Landeskompetenz. Wir haben sogar das Kooperationsverbot. Der Bund darf im Be-

reich der Bildung nur minimal eingreifen. Die Bayerische Staatsregierung muss ihre Hausaufgaben entsprechend machen. Deshalb wundert es mich schon, wenn dann ein Antrag kommt, in dem wieder Richtung Bund geschrien wird. Es wird argumentiert, die Gelder im Haushalt wären nicht da und man müsse möglicherweise einsparen. Lieber Herr Kollege Brunnhuber, lieber Martin, da muss die Bayerische Staatsregierung schlicht und einfach Prioritäten setzen. Wofür will man denn in Bayern eigentlich das Geld ausgeben? – Wir haben lauter Wahlgeschenke, die die CSU und die FREIEN WÄHLER breit mit der Gießkanne in der Gesellschaft verteilen. Am Ende soll im Bereich der digitalen Bildung gespart werden, weil das Geld angeblich nicht mehr da ist. Deshalb verwundert mich dieser Antrag dann doch.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass wir in Bayern unsere Hausaufgaben machen und die Digitalisierung in der Schule vorangetrieben wird. Das gilt insbesondere für die Lehrkräfteausbildung und die Lehrkräftefortbildung. Es geht darum, digitale Kompetenzen im Rahmenlehrplan der Schulen zu verankern. Das sind alles Sachen, die man übrigens im Zweifel gar nicht allein mit Geld, sondern vor allem mit Veränderungen im bayerischen Schulsystem vorantreiben kann. An dieser Stelle gibt es noch einiges zu tun. Das gilt es jetzt auch endlich umzusetzen. Sie regieren hier in Bayern, also machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Dr. Strohmayer für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte diesen Antrag heute nutzen, um ein paar Punkte anzusprechen, die in Bayern dringend verbessert werden müssen.

Mehr Geld ist immer gut, aber es muss auch effizient und zielführend eingesetzt werden. Ich sage Ihnen: Beim Thema Digitalisierung an Schulen gibt es in Bayern noch jede Menge Verbesserungspotenzial. Eine aktuelle Studie der LMU hat festgestellt,

es gibt große regionale Unterschiede, wie digital Schulen aufgestellt sind. Tatsächlich hängt es letztendlich sehr stark von der Schulleitung ab. Mit KI – auch das hat die Studie festgestellt – können viele Lehrerinnen und Lehrer hier in Bayern noch wenig anfangen. Gerade einmal 18 % der Lehrerinnen und Lehrer nutzen die KI zur Unterrichtsvorbereitung. An dieser Stelle wird schon deutlich, wie groß der Nachholbedarf ist. Wir müssen zunächst einmal unsere Lehrkräfte schulen. Damit aber nicht genug: Mehrere Anfragen von uns haben ergeben, die digitale Infrastruktur an den Schulen liegt weit hinter den Anforderungen. So hat unsere Anfrage zum Beispiel ergeben, dass ein Viertel der Schulen immer noch nicht über ein ausreichendes Wireless LAN verfügen. Auch bei der "1 : 1-Ausstattung" hinken wir noch gewaltig hinterher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, digitale Kompetenzen sind heute so wichtig wie früher das Telefonieren.

(Beifall bei der SPD)

Wer die digitalen Basiskompetenzen nicht beherrscht, wird in Zukunft nicht nur keinen Job finden, sondern überhaupt nicht mehr mit dem Leben zuretkommen. Wer einen E-Mail-Account nicht bedienen kann, kann zukünftig seinen Arzt und keine Behörden mehr kontaktieren. Digitale Kompetenzen bekommen eine soziale Dimension. Wir als Sozialdemokraten wollen, dass alle Kinder gut vorbereitet sind und digitale Medien sicher verwenden können.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Technik entwickelt sich weiter. Wohl dem, der zukünftig dank Medienkompetenz erkennt, was Fake News sind, und weiß, was von Maschinen, also von KI, erschaffen wurde. Das sind entscheidende Fragen für die Demokratie in Zukunft. Darum ist es unerlässlich, dass wir unsere Schulen gut ausstatten. Ich habe es gesagt: Von der "1 : 1-Ausstattung" sind wir noch weit entfernt. Gerade einmal 20 % der Klassen haben ein digitales Endgerät, an Mittelschulen sind es 1.900 von 10.200 Klassen. Das ist ein echtes Armutsszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum heutigen Antrag. Sie wollen die digitalen Herausforderungen jetzt mit Geld vom Bund lösen. Das ist erst mal eine ganz gute Idee. Mehr Geld – das habe ich schon eingangs gesagt – ist immer gut. Die CSU ist jetzt selber im Bund in Verantwortung. Auch wir werden uns Gespräche nicht verschließen. Aber eines muss klar gesagt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die digitale Ausstattung an unseren Schulen und der Schülerinnen und Schüler ist zuallererst einmal bayerische Aufgabe. Es ist die Aufgabe der Staatsregierung, das hier hinzubekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen einige Tipps mitgeben: Sie müssen regeln, wie wir es schaffen, Ersatzgeräte zu beschaffen. Leasinggeräte müssen erlaubt sein. Wir brauchen mehr Systemadministratoren, die auch gut bezahlt werden müssen. Wir müssen uns auch Gedanken machen, wie wir in eine Kontinuität kommen; die Geräte – das wissen wir doch alle – halten gerade einmal fünf Jahre. Das heißt, wir müssen uns überlegen, wie Ersatzgeräte an die Schulen kommen. Das gilt im Übrigen – das möchte ich nicht unerwähnt lassen – nicht nur für die Schulen, sondern wir müssen auch an die Erwachsenenbildung denken. Auch hier brauchen wir digitale Endgeräte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Digitalisierung und KI warten nicht darauf, bis wir hier unsere Hausaufgaben gemacht haben. Ich kann Sie nur auffordern: Werden Sie tätig. Wir haben eine Kultusministerin, wir haben einen Digitalminister. Wir müssen jetzt endlich in die Pölle kommen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion spricht Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hüting.

Dr. Ute Eiling-Hüting (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen, ist die Gestaltung des digitalen Wandels an unseren Schulen eine der großen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben der Bildungspolitik. Unser klares Ziel ist es deshalb, eine stets aktuelle, pädagogisch begründete IT-Ausstattung an allen Schulen in Bayern bereitzustellen. Im Mittelpunkt aller Planungen der schulischen IT-Ausstattung steht dabei der Erwerb von Medienkompetenzen für alle Schülerinnen und Schüler; denn wir wollen und müssen sie für die digitale Welt fit machen.

Als Vorsitzende des Bildungsausschusses freue ich mich deshalb sehr, dass die Digitalisierung an unseren Schulen in den vergangenen Jahren durchaus große Fortschritte gemacht hat. Wir haben bereits 75.000 digitale Klassenzimmer mit mindestens einem PC, einem Beamer, einer Dokumentenkamera und einem Internetzugang geschaffen. Aktuell stehen über 870.000 Computer, darunter rund 600.000 Laptops und Tablets, für Schüler und Lehrkräfte zur Verfügung. Seit dem Schuljahr 2022/2023 bekommen alle Lehramtsanwärter, Studienreferendare und ihre Seminarlehrkräfte ein Tablet vom Freistaat gestellt. Die Zahl beläuft sich insgesamt auf 13.000 Geräte.

Zur Unterstützung der einzelnen Schulen in medienpädagogischen und informationstechnischen Belangen stehen mehr als 170 qualifizierte Berater für die "Beratung digitale Bildung in Bayern" zur Verfügung.

Während Bayern hier also durchaus seine digitalen Hausaufgaben gemacht hat, hinkt der Bund leider hinterher. Bereits seit weit mehr als zwei Jahren verhandeln die Länder mit dem Bund erfolglos über eine Fortentwicklung des im Jahr 2018 von der damaligen Bundesregierung mit den Ländern vereinbarten DigitalPakts Schule. Die Länder haben immer wieder weitreichende konkrete Vorschläge zur Fortsetzung des Erfolgsprojekts in die Verhandlungen eingebracht. Der Bund hat dagegen immer wieder verzögert und immer wieder neue Hürden aufgebaut. Das ist einfach bedauerlich; denn die Mittel dieses DigitalPakts waren in den letzten Jahren neben den Landesprogrammen eine wichtige Stütze bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen.

Deshalb klingt es durchaus erfreulich und richtig, dass der Bund für den weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen nach aktuellem Verhandlungsstand im DigitalPakt 2.0 in den kommenden sechs Jahren 2,25 Milliarden Euro zur Verfügung stellen will. Aber – Sie haben das Aber schon erwartet, und es kommt auch – es ist ärgerlich, dass von diesen 2,25 Milliarden Euro tatsächlich jährlich nur 50 Millionen Euro in Bayern landen. Diese 50 Millionen Euro jährlich sind bei Weitem nicht ausreichend – ich glaube, das haben hier alle Redner festgestellt –, um die digitale Infrastruktur an unseren Schulen weiter auszubauen.

Deshalb unterstützen wir von der CSU-Landtagsfraktion den vorliegenden Dringlichkeitsantrag unseres Koalitionspartners und fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Gesamterhöhung der Finanzhilfen im Rahmen des DigitalPakts 2.0 einzusetzen; dann kann er gerne DigitalPakt 3.0 heißen.

Der bayerische Finanzminister Albert Füracker hat in der vergangenen Woche hier an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern auch im vergangenen Jahr mit rund 9,8 Milliarden Euro mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs getragen hat. Weiter brauche ich, glaube ich, nichts dazu zu sagen. Ich erwarte vom Bund daher auch mehr als dieses angesagte Paket.

Ich habe in den Koalitionsverhandlungen einen Passus eingebracht, in dem es darum geht, dass in den Verhandlungen ein deutlicher Schub für dieses Anliegen, die digitale Förderung und Investitionen in schulische Infrastruktur, absolut notwendig ist.

Die angedachten 50 Millionen Euro sind zu wenig, weil Bayern allein 2025 aus Landesmitteln ein Vielfaches zur Unterstützung der Kommunen und freien Schulträger bereitstellt. Im Haushalt stehen 170 Millionen Euro. Es ist nur gerecht, dass wir deutlich höhere Mittel aus dem DigitalPakt erhalten und dieser insgesamt höher ausgestattet wird. Deshalb bitte ich um die Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung, nachdem die Aussprache geschlossen ist.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf der Drucksache 19/5832 seine Zustimmung geben will, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind die Fraktionen SPD, FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Gegenstimmen der GRÜNEN. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der AfD-Fraktion ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.